

Radioaktives Wasser aus dem Kraftwerk?

Betreiber des AKW Brunsbüttel hat Einleitung von Kühl- und Abwasser in die Elbe beantragt

BRUNSBÜTTEL/KREIS CUXHAVEN. Die strahlenden Zeugen der Stromgewinnung aus Atomenergie werden nach und nach in Rente geschickt. Allerdings dauert dieser Prozess viele Jahre. Das Stader Atomkraftwerk wurde bereits 2003 stillgelegt. Der Rückbau soll noch bis 2023 andauern und wird am Ende voraussichtlich eine Milliarde Euro gekostet haben. Ähnlich lang wird der Rückbau des ebenfalls stillgelegten Atomkraftwerks Brunsbüttel auf der gegenüberliegenden Elbseite dauern. Der Dithmarscher Meiler ist seit elf Jahren vom Netz, seit 2012 läuft das Rückbauverfahren. Es wird noch etliche Jahre, mindestens bis 2031, dauern, bis anstelle des Kraftwerks nur noch eine grüne Wiese zu sehen sein wird. Und der Rückbau dürfte dann um ein Vielfaches teurer werden als der Bau des zuletzt von Vattenfall betriebenen AKW vor mehr als 40 Jahren.

Entscheidend für den Abriss ist, dass der Betreiber nachweisen muss, dass dabei keine Strahlung in die Umwelt gelangen kann. Für schwach- und mittelradioaktive Bauteile werden auf dem Betriebsgelände Zwischenlager eingerichtet, die in zwei Jahren in Betrieb gehen sollen. Der strahlende Müll soll dort bis 2027 gelagert werden. Dann könnte der Schacht Konrad, das bundesweite Endlager bei Salzgitter, fertiggestellt sein.

Der Ausstieg aus der Atomenergie versetzt Umweltschützer in Verzückung. Einerseits. Andererseits bringt der Abriss der alten Anlagen einige unliebsame Be-

gleiterscheinungen mit sich, wie etwa die Lagerung der radioaktiv belasteten Rückstände.

BUND fordert Filterung

Jetzt hat die Betreibergesellschaft die „Erteilung einer gehobenen wasserrechtlichen Erlaubnis für die Einleitung von erwärmtem Kühl- und Abwasser“ in die Elbe beantragt. Es soll eine Leitung gebaut werden, über die das Wasser aus dem Meiler in den Fluss geleitet werden kann. Das ruft den Umweltverband BUND auf den Plan. Er fordert eine sorgfältigere – und teurere – Filterung der Abwässer. Denn er befürchtet, dass damit auch radioaktive Stoffe (Nuklide) in die Elbe gelangen könnten und damit zu Umwelt-

und Gesundheitsschäden bei Mensch und Tier führen könnten. Die Einleitungen wären zum Teil um ein Tausendfaches höher als während des normalen Betriebes des AKW. Bei sorgfältiger Filterung, so der BUND, könne die Strahlenbelastung hingegen auf nahezu Null sinken.

10 Millionen Kubikmeter

Vattenfall hat beantragt, 185 Milliarden Becquerel pro Jahr radioaktiver Stoffe (einschließlich Plutonium) in 200 Metern Entfernung vom Deichfuß „zur besseren Verdünnung“ einzuleiten. Die Einleitungen stellen eine erhebliche Gesundheitsgefährdung von Menschen und Wassertieren dar, beklagt der BUND, der gegen den

Antrag von Vattenfall eine Sammelanwendung mit Unterschriftenlisten vorbereitet hat. Die Entnahme und Einleitung von gut 10 Millionen Kubikmetern Elbwasser pro Jahr gefährde zudem angesaugte Wassertiere wie Fische und Krebse. Die Menge an Wasser sei außerdem unnötig, da es in Brunsbüttel so gut wie nichts mehr zu kühlen gebe, argumentiert der Umweltverband.

Der Betreiber des Atomkraftwerkes hat die Einleitungen der Schadstoffe für die Dauer von 20 Jahren in gleichbleibender Höhe beantragt. Auch dagegen wendet sich die Einwendung des BUND. Die Menge müsse schrittweise mit dem Fortgang des Rückbaus reduziert werden. (ur/red)



Das Atomkraftwerk Brunsbüttel wird in den kommenden Jahren abgerissen. Der Betreiber hat beantragt, jedes Jahr 10 Millionen Kubikmeter radioaktiv belastetes Kühl- und Abwasser in die Elbe einleiten zu dürfen.

Foto: dpa-Archiv